

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Rt. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 167.

Dienstag, 21. Juli 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch Postsendung frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der fallend. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Banger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Das Deutschtum in Südafrika.

Aus einer Schrift „Deutsche und Engländer“ kann man viele beherzigenswerthe Fingerzeige entnehmen für die kräftigere Wahrnehmung der deutschen Interessen in Südafrika, vornehmlich in den Gebieten der Kapkolonie, des Transvaal- und Orange-Staates, in denen das Deutschtum sehr zahlreich vertreten ist. Jetzt ist es leider auch in den südafrikanischen Kulturstaaten so, wie in andern Erdgegenden, daß nämlich der Deutsche meist nach unverhältnismäßig kurzer Zeit sich seines Deutschtums entäußert und möglichst den Fremdländer herauszubringen sucht. Die materiellen und moralischen Einbußen des Deutschtums werden in der genannten Schrift in erster Reihe mit darauf zurückgeführt, daß zu viele Jammergehaltnisse aus Deutschland auswandern, die gewöhnlich zu Hause etwas auf dem Kerbholz haben und natürlich sofort ihre deutsche Eigenart zu verleugnen suchen. Aber auch an solchen Personen fehlt es nicht, die zwar moralisch ungleich höher stehen und in Südafrika zu Wohlstand und Ansehen gelangt sind, die auch stets dabei sind, wenn vaterländische Nieder gesungen oder Einladungen an Bord eines deutschen Kriegsschiffes erlassen werden, die aber als echte „Schwänkepolitiker“ am andern Tage schon wieder den Fremden willfährig werden. Beide Kategorien mochten das Deutschtum in den Augen der Engländer und Buren überaus verächtlich.

Diesemigen, die sich ernstlich ihr Deutschtum erhalten wollen, leidet darunter, daß es keine deutschen Schulen giebt. Der englische Unterricht muß gesucht werden, wird aber natürlich echt englisch gehandhabt. — Sprachen werden mit englischer Aussprache gelehrt, Geschichte ist ausschließlich die englische und so englisch wie möglich. Bei Buchhändlern finden sich niemals deutsche Werke. Diesem Mangel ließe sich entgehen helfen, wenn mehrere deutsche Familien sich zu Unterrichtszwecken zusammenschließen wollten. Zwar wird ihnen nicht von Reich wegen, wie viele wünschen, Hilfe gebracht werden, aber der deutsche Schulerwerb würde, wenn er ernstlich darum angegangen wird, wohl bereit sein, deutsche Lehrkräfte und erforderlichenfalls auch Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Auch der in Bezug auf die Ausfuhr vielfach noch verschlafene deutsche Buchhandel nimmt vielleicht Gelegenheit, den Deutschen übers Meer nachzufolgen, wie dies schon nach Südamerika hin geschehen ist.

Als ein anderer Uebelstand wird es empfunden, daß die Vertreter des Reichs, die Konsuln, zu wenig mit der Einwohnerschaft Südafrikas zusammengehen, sondern zu häufig den exklusiven norddeutschen Staatsbeamten hervorzuhelfen. Man trägt in deutschen Kreisen das Verlangen, daß die Konsuln wie Bürgermeister und Bürgerwähler ihren Kandidaten gegenüber handeln. Die englischen und französischen Vertreter entwickeln stets freieren bürgerlichen Sinn. Auch bei der Bestellung von deutschen Wahlkonsuln wird zu einer recht sorgfältigen Prüfung der Persönlichkeiten gerathen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Gegenüber der Behauptung der „Königlichen Volkszeitung“, unsere fiskalischen Werft-Etablissements bauten bei der Fertigstellung von Kriegsschiffen gegen 25 Prozent theurer als Privatwerften und letztere fänden im Allgemeinen bei Vergebung der Kriegsschiff-Neubauten u. zu wenig Berücksichtigung, konstatiert die „Post“, die Marineverwaltung halte sich lediglich an die im Etat bewilligten Summen. Im vergangenen Jahre seien bei der Vergebung des Baues eines neuen geschützten Kreuzers 2. Klasse die heimischen Privatwerften freiwillig von der Bewerbung zurückgetreten, da sie glaubten, sie könnten auf die Baubedingungen des Reichsmarinamtes nicht eingehen, während 2 Kreuzer desselben Typus unter gleichen Bedingungen derzeit auf einer kaiserlichen Werft gebaut werden. Das Beispiel zeige, daß die kaiserlichen Werften mindestens zu denselben Preisen, wenn nicht billiger, bauen können, als Privatwerften. Die Marineverwaltung müsse in erster Linie die fiskalischen Werften berücksichtigen, sei aber andererseits bestrebt, Privatwerften Bauaufträge oder größere Reparaturen zuzuwenden. Gegenwärtig werden auf kaiserlichen Werften 5 Kriegsschiffe gebaut, auf Privatwerften 3 Kriegsschiffe, eine ganze Torpedoboot-Division und außerdem noch verschiedene Maschinen- und Kesselneubauten.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Joest von seinen Genossen aufgefordert worden sei, seine Mandate niederzulegen. Zu dieser Angelegenheit schreibt man dem B. T. noch: „Aus einer bestimmten Quelle fließt die Nachricht, daß der hiesige Führer der Sozialdemokratie, Herr Joest, auf Aufforderung des Parteivorstandes hin seine Mandate als Reichstags- und Landtagsabgeordneter wie als Stadtverordneter und Mitglied des Kreisauschusses niederlegen solle, widrigenfalls man sich öffentlich von ihm lossagen werde. Der Fall des ein für allemal Mannes hängt mit Geldfragen zusammen, aber Joest wäre auch durch andere Umstände gestützt worden. Bekanntlich ist der Sozialdemokratie Dank etwas Fremdes, und den Unmut der Genossen hat auch Joest erfahren. Er hat Mainz, wo die Partei unter schlechter Führung abgewirtschaftet hatte, für die Sozialdemokratie völlig erodiert. Unter seiner Führung zog sie in den Reichstag wie in den Landtag und die Stadtverordnetenversammlung ein; ja selbst im Kreisauschuss sagte Joest Fuß. Und das geschah alles unter Wahrung der parlamentarischen Formen; das anderwärts übliche wüßte Geschimpfe der Sozialdemokraten auf andere Parteien war unter der Leitung des Genannten fast etwas Fremdes geworden. Welcher Sympathien sich Joest erfreute, trat besonders bei dem Begräbniß seiner Frau hervor; der Oberbürgermeister Dr. Gahner, der Handelskammerpräsident Geheimrat Commerzienrath St. G. Michel und Vertreter sämtlicher Parteien besaßen sich in dem Trauergänge. Aber allmählig erlangten die radikaleren Elemente die Oberhand, und ihnen ist Joest unterlegen.“

Behufs Stellungnahme gegen die von der Postverwaltung beabsichtigte Erhöhung des Post-Zeitungsstarifs tagte am Sonnabend in Berlin eine Versammlung von Verlegern. Etwa 300 Bätter mit einem Leserkreis von 2 1/2 Millionen waren vertreten. Nachdem Herr Baly (Berliner Neuest. Nachr.) zum Vorsitzenden gewählt worden, präsidirte der Vertrauensmann der Verleger, Herr Hermann Hilger, Berlin, deren Stellung zu dem geplanten neuen Post-Zeitungsstarif und empfahl ein möglichst einmütiges Vorgehen aller Interessenten. Die lebhafteste Debatte, die sich an diese einleitende Rede anknüpfte, gipfelte in der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heute in Berlin versammelten Zeitungsbesitzer aus allen Theilen Deutschlands beschließen die Einsetzung einer Kommission, welche mit aller Macht gegen die Erhöhung des Tarifs vorgehen soll und einer später zu berufenden Versammlung Bericht zu erstatten hat. Sie soll den deutschen Zeitungen Material für die Agitation gegen die beabsichtigte Erhöhung des Postzeitungsstarifs liefern und insoweit auch in Eingaben an alle maßgebenden Faktoren und Behörden die Unmöglichkeit der beabsichtigten Erhöhung in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung klarlegen. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß sie bereit, mit allen deutschen Zeitungen in Verbindung über diese Angelegenheit zu treten, da sie der Ansicht ist, daß bei einmütigem Vorgehen darauf gerechnet werden kann, den Wünschen aller Zeitungen gerecht zu werden.“

Luxemburg. Obwohl das Großherzogthum Luxemburg bisher glücklicher Weise von einer intensiven sozialdemokratischen Agitation verschont geblieben ist, so traten doch einzelne Anzeichen derselben schon während der letzten Wahlperiode zu Tage. In einzelnen von der Arbeiterbevölkerung stark bewohnten Wahlbezirken tauchten sozialdemokratische Candidaturen auf, die aber von vornherein aussichtslos waren, weil das luxemburgische Wahlgesetz das active Wahlrecht an eine directe Steuerleistung von 15 Francs knüpft, wodurch die große Masse der Arbeiterklasse vom Wahlrecht ausgeschlossen erscheint. So lange nun dieser Wahlschuss oder auch nur ein solcher von 10 Francs besteht, wie ihn die liberaldemokratische französische Opposition fordert, wird die Kammer nicht das Glück haben, in ihrer Mitte sozialdemokratische Abgeordnete zu zählen. Aber die sozialdemokratische Agitation außerhalb der Kammer kann dadurch natürlich nicht gehindert werden, und es ist klar, daß die luxemburgischen Arbeiter schließlich ebenso den Ruf nach dem allgemeinen Stimmrecht erheben werden, wie es ihre Genossen in Belgien mit Erfolg gethan haben. Gestellt sich nun zu der politischen Unzufriedenheit der luxemburgischen Arbeiterklasse auch ein materieller Mangel, so wären für die Sozialdemokratie alle Bedingungen für die erfolgreiche Entwicklung einer umfänglichen Agitation geschaffen. Deshalb bemüht sich die großherzogliche Regierung, durch allerlei Maßregeln,

zunächst auf dem Verordnungswege, die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, um den sozialdemokratischen Agitationen bei Zeiten den Boden zu entziehen. Zu diesem Behufe hat die Regierung eigene communale Arbeitsbüros gegründet, welche den Zweck haben, den Arbeitern, welche keine lohnende Beschäftigung finden, eine solche zu beschaffen. Weiter hat die Regierung die Gemeindeführer angewiesen, die öffentlichen kommunalen Arbeiten, die gerade nicht sehr dringend sind, in einem Zeitpunkte in Angriff zu nehmen, in dem größere Arbeitslosigkeit im Lande herrscht, um auf diese Weise den ohne ihre Schuld feiernden Arbeitern Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Diese Verordnungen der Regierung finden selbstverständlich den allgemeinen Beifall aller Parteien.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, 21. Juli 1896.

— Anlässlich der am 3. September bei Reichenbach stattfindenden Kaiserparade findet, nach einer uns heute zugehenden zuverlässigen Mittheilung, in der Albrechtsburg in Meißen ein großes Militärbanquet statt, an welchem 300 Personen theilnehmen werden. Auch Sr. Maj. der Kaiser wird sich an demselben betheiligen.

— Man schreibt uns von geschätzter Seite: Anlässlich der Wiederauffindung des vor 8 Jahren in Reichenbach von Zigeunern geraubten und kürzlich in einem Walde ausgelegten Mädchens geht durch alle Blätter ein Rorschrei nach oben, der entsetzlichen Zigeunerplage nun einmal ein Ende zu machen. Wer von der Größe der Gefahr, welche im freien Umherziehen dieser Halbwilden liegt, den rechten Begriff haben will, muß es mit angesehen haben, wie diese Leute gleich einem Heuschreckenschwarm ein kleines einsames, alles polizeilichen Schutzes entbehrendes Dorf überfielen, die Felder plündern und in den Ost nur von schulpflosen Frauen und Kindern bewohnten Gehöften und Häusern bettelnd, betragend und stehend, oder wie sie sich der etwa vorhandenen geringen Polizeimacht offen mit der Waffe in der Hand widersetzen. Aber auch ein Gebot der Humanität ist es, diese Heimatlosen, namentlich die unter den Augen des Staates in völliger Verwilderung aufwachsenden Kinder, endlich zu cultiviren und sie zu ihrem Heile endlich unter die Macht der Gesetze der Gesellschaft, in der sie leben, zu stellen. Mit dem üblichen Abschieben von einem Ort zum andern ist da wahrlich nichts geholfen. Den ausländischen Zigeunern muß das Uebel-schreiten der deutschen Grenze bei einer wirklich empfindlichen Strafe, z. B. bei unachtsamer Constatirung ihres sämtlichen Eigenthums, verboten werden; die einheimischen müssen bei Strafe der Einlieferung in eine Arbeitsanstalt zur Wahl eines festen Wohnortes und zur Arbeit gezwungen werden. Die Kinder müssen, wenn, was wohl immer der Fall sein wird, ihre Erziehung eine gänzlich vernachlässigte ist, in staatliche Erziehungsanstalten gebracht werden. Ganz dasselbe wie mit dem Zigeunertume ist es übrigens mit dem Jahr aus Jahr ein auf der Landstraße liegenden Vagabonden-Heer. Es wird nachgerade Zeit, daß man sich nicht damit begnügt, ab und zu einen Vagabonden wegen Bettelns einen Tag einzufangen, Verpflegungen einzurichten und dergl. — Das furchtbare Uebel muß bei der Wurzel angegriffen werden! Eine strenge Wandercontrolle muß eingeführt werden, die zwecklos Umherwandernden müssen aufgegriffen und, wenn sie arbeitsunfähig sind, der betreffenden Armenbehörde zur Unterbringung und Versorgung übergeben, oder, wenn sie arbeitsfähig sind, in staatliche Arbeitsanstalten gebracht werden. Welche Gefahren auch für den Staat selbst als solchen daraus erwachsen, wenn er nicht bald seine Mission gegenüber diesen Heimatlosen energisch in Angriff nimmt, soll hier nicht erörtert werden.

— Nach einer heute hier eingegangenen Mittheilung der Kgl. Amtshauptmannschaft Großenhain sind vom 6. zum 7. August d. J. hier 21 Offiziere, 543 Unteroffiziere und Mannschaften und 9 Pferde vom Stabe und den vier Compagnien des Pionier-Bataillons No. 12 zu verquartieren.

— Ein Extrazug, zu dem die Preise sehr erheblich ermäßigt sind, wird nächsten Dienstag, den 28. Juli, früh 1/8 Uhr von Riesa nach Dresden abgefahren. Derselbe ist vom Gewerbeverein zu Strehla bestellt und kostet das Tagesbillet bei 3-tägiger Gültigkeitsdauer nur 1 M. 50 Pfg. Die Betheiligung an dem Extrazug ist indes bis nächsten Sonntag Nachmittags 3 Uhr beim Vorstand des hiesigen Gewerbe-